

Daniela Schneeberger, Nationalrätin FDP.Die Liberalen

Frühlingssession des Nationalrates:

CS-UBS wirft viele Fragen auf

Thürnen, 24. März 2023



Geschätzte Damen und Herren, liebe Parteifreunde und Kollegen,

Aus aktuellem Anlass ergänze ich diesen Sessionsbericht um die Entwicklung rund um Credit Suisse und UBS. Die Übernahme der CS durch die UBS ist aus meiner Sicht ein notwendiger, wenn auch schlimmer Schritt: Alles andere wäre aber schlechter gewesen. Die Übernahme durch die UBS stellt erstens sicher, dass die volkswirtschaftlichen Schäden eines Konkurses der CS und die Auswirkungen auf die internationalen Finanzmärkte abgewendet werden und die Führung des Geschäfts in fähige Hände kommt. Zweitens sind die Massnahmen des Bundes und der Nationalbank der Situation angepasst und haben geholfen, schlimmeres zu verhindern. Ich habe die Hoffnung, dass die UBS ohne die Nutzung der Mittel auskommen wird. Drittens ist dies ein Weg, mit dem das Vertrauen der Mitarbeiter, der Kunden und der Partner wieder hergestellt werden kann.

Mit der FDP haben wir klare Forderungen aufgestellt, was nun zu geschehen hat:

- 1) Die Schweiz braucht eine neue Finanzplatzstrategie, um die Risiken einer Mega-Bank für die Volkswirtschaft zu begrenzen. Eine UBS mit einer Bilanzsumme von 1.5 Billionen Franken ist zu gross für die Schweiz.
- 2) Die UBS soll in einer zweiten Phase das profitable Schweizer Geschäft der CS abspalten oder zumindest in einer anderen Form selbstständig weiterführen. Ein solches Vorgehen stärkt den Wettbewerb und beschränkt das Risiko. Hier haben wir bereits einen Vorstoss vorbereitet. Ebenfalls sammeln wir Unterschriften für eine Petition, welche Sie durch folgenden Link unterstützen können: https://bit.ly/Appell_unterschreiben
- 3) Anlässlich der ausserordentlichen Session, welche vom 11.4.-13.4.2023 geplant ist, werden wir unsere Forderungen vorgängig in den zuständigen Kommissionen einbringen.
- 4) Das Scheitern der CS zeigt, dass die bestehende Regulierung im vorliegenden Fall nicht wirksam war. Ebenfalls ist zu klären ist, ob die Finanzmarktaufsicht ihren Job gemacht hat. Das Gesetz muss evaluiert und allenfalls überarbeitet werden.
- 5) Für die FDP ist ebenfalls klar, dass Verantwortungsträger zur Rechenschaft gezogen werden müssen.
- 6) Gestützt auf Art. 10a des Bankengesetzes, der aus Sicht der FDP anwendbar ist, fordert die FDP, dass keine Boni ausgezahlt werden.

Der Finanzplatz insgesamt ist ein wichtiger Wirtschaftszweig in der Schweiz und ein grosser Arbeitgeber. Daher ist die aktuelle Situation für die weltweiten Angestellten der CS, insbesondere für jene fast 17'000 in der Schweiz, besonders tragisch.

Für diese Personen muss nun Planungssicherheit geschaffen werden. Von der CS erwarten wir, die Folgen der Übernahme für ihre Kunden schnell und einfach verständlich zu kommunizieren.

Nun aber zum Rückblick auf die Frühlingssession. Das Parlament hatte während der Frühlingssession grosse Geschäfte zu beraten. Im Zentrum standen unter anderem die BVG-Reform und der volle Teuerungsausgleich bei der AHV. Langsam, aber sicher kommen wir voran mit der Revision der beruflichen Vorsorge. Als wohl wichtigstes Element bedarf sie der Anpassung an die stetig steigende Lebenserwartung. Denn rund fünf Milliarden Franken von notabene individuellen Sparguthaben werden heute jährlich an die Rentnerinnen und Rentner umgelagert.

BVG-Reform auf der Zielgeraden? ([20.089](#))

Mit der BVG-Reform wollen Bundesrat und Parlament die berufliche Vorsorge für die Zukunft fit trimmen. Wichtigstes Anliegen ist die Herabsetzung des Umwandlungssatzes von 6,8 auf 6 Prozent. Seit drei Jahren scheiden sich bei der Umsetzung die Geister. Wie viele Jahrgänge sollen von einem Ausgleich für die tieferen Renten profitieren? Sollen auch bisher Nichtversicherte in die berufliche Vorsorge integriert werden, indem die Eintrittsschwelle von gesenkt wird? Was darf die ganze Übung kosten? Nach und nach konnten wir während der Frühlingssession die Differenzen bereinigen.

Neu werden immer 80 Prozent des Lohnes versichert, wovon vor allem Teilzeitarbeitende und Arbeitnehmende mit kleineren Einkommen profitieren. Die Eintrittsschwelle für den Beitritt zu einer Pensionskasse liegt neu bei 19'845 Franken statt wie bisher bei 22'050 Franken. 15 Jahrgänge erhalten lebenslang einen Zuschlag, sofern das Altersguthaben nicht mehr als 430'200 Franken beträgt.

Rund um die AHV-Abstimmung versprochen nicht nur die Bürgerlichen, sondern auch die Linke, bei der BVG-Reform Hand zu bieten. Doch schon zu Beginn der Debatte drohten SP und die Gewerkschaften mit einem Referendum. Und auch der Bauernverband ist nicht zufrieden. Die Reform passierte zwar die Schlussabstimmung, doch angesichts der Unzufriedenheit wird es wohl schwierig, die Volksabstimmung zu gewinnen.

Änderung des Kriegsmaterialgesetzes ([23.3005](#))

Mit Blick auf den Krieg in der Ukraine wollte die sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates mit einer Motion das Kriegsmaterialgesetz lockern. Kernpunkt war die Nichtwiederausfuhr-Erklärung, die es Staaten verbietet, aus der Schweiz beschaffte Waffen und Munition an Kriegsparteien weiterzuliefern. Mit seiner Motion [22.3557](#) verlangte unser Parteipräsident, Ständerat Thierry Burkart, die Abschaffung der Nichtwiederausfuhrerklärung für Länder mit gleichen Werten und vergleichbarem Exportkontrollregime. Damit wäre eine Lockerung erzielt worden, ohne gegen die Neutralität zu verstossen. Doch leider wurde diese im Ständerat abgelehnt. Es sind jedoch noch weitere Vorschläge von der Sicherheitskommission vorhanden, welche noch zur Behandlung kommen.

Kein Teuerungsausgleich für Ratsmitglieder ([23.404](#))

Der Teuerungsausgleich für National- und Ständeräte, der zu Beginn der neuen Legislatur ab Dezember 2023 in Kraft treten sollte, habe ich aus Überzeugung abgelehnt. Angesichts der schwierigen Situation für all jene, die über ein kleines bis mittleres Einkommen verfügen und mit der Teuerung kämpfen, aber auch angesichts der angespannten Bundesfinanzen, habe ich dies nicht gutheissen können. Die FDP Fraktion wird dieses Anliegen bei einem allfälligen Antrag in der Sommersession bekämpfen.

Neue Wasserkraftwerke für mehr Winterstrom ([21.047](#))

Während insgesamt zehn Stunden verteilt auf drei Tage berieten wir im Nationalrat das Bundesgesetz «Für eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien», der sogenannte Mantelerlass. Um die an der Urne beschlossene Energiewende zu schaffen, müssen das Energie-, das Stromversorgungs- und das Raumplanungsgesetz entsprechend angepasst werden. Die Grosse Kammer fand zahlreiche Kompromisse zwischen den Interessen der Wirtschaft und dem Umweltschutz. Neubauten sind in Zukunft mit Solarpanels auszurüsten. Den grössten Anteil am Ausbau der erneuerbaren Energien haben jedoch 15 Wasserkraftprojekte, mit dem Ziel, die Versorgungssicherheit im Winter zu erhöhen.

Diesem Mantelerlass stimmte der Nationalrat schlussendlich mit 104 zu 54 Stimmen zu. Die 33 Enthaltungen deuten jedoch darauf hin, dass noch viel Diskussionsbedarf besteht, sollte die Vorlage nicht einen Totalabsturz erleiden. Denn die SVP droht schon jetzt mit einem Referendum. Ich bin auch noch nicht gänzlich zufrieden mit dieser Vorlage, insbesondere was das Obligatorium der Solarpanels auf Neubauten anbelangt. Nun geht die Suche nach einem mehrheitsfähigen Kompromiss weiter. Vorerst wird der Ständerat die zahlreichen Differenzen beraten.

Familienergänzende Kinderbetreuung ([21.403](#))

Die Vorlage will die Erwerbstätigkeit fördern, indem Familien mehr Zuschüsse an die Betreuungskosten ihrer Kinder erhalten - obwohl klar ist, dass die familienexterne Kinderbetreuung eine kantonale Hoheitsaufgabe ist, wollte die FDP Hand bieten zugunsten eines Kompromisses. Mit der Streichung der Politik der frühen Förderung, der Programmvereinbarungen mit den Kantonen und dem Verzicht auf ein kompliziertes Anreizsystem wäre die Vorlage kosteneffektiv und finanziell vertretbar gewesen. Allerdings hat Mitte-Links die Gesamtkosten auf über 700 Millionen pro Jahr ansteigen lassen, sodass ich zusammen mit einer Mehrheit der Fraktion abgelehnt habe. Trotzdem wurde die Vorlage angenommen und an den Ständerat überwiesen.

Engpässe bei Medizinalprodukten und Medikamenten ([23.3030](#))

Aus der Antwort des Bundesrates auf meine Interpellation [22.4379](#) entnehme ich, dass das Bundesamt für Gesundheit offenbar keine Übersicht hat, wie es um die Lagerbestände von Medizinalprodukten und Medikamenten steht. Deshalb fasse ich nach und will vom Bundesrat wissen:

- seit wann der Bund weiss, dass Medikamente in der Schweiz knapp werden können;
- was der Bund seit dem Appell von Prof. Rudolf Blankart von vor zwei Jahren bezüglich der Versorgungsengpässe unternommen hat;
- welche Anreize der Bund zur Förderung der Lagerhaltung von Medizinalprodukten bei inländischen Herstellern prüft;
- wie sichergestellt wird, dass der Kostendruck nicht zulasten der Patientinnen und Patienten geht;
- was der Bund gegen die infolge des Kostendrucks entstandene Verlagerung ins Ausland stoppen unternimmt.

Mit der Antwort des Bundesrates darf ich bis zur Sommersession im Juni rechnen.

Mit den Schlussabstimmungen gingen am letzten Freitag drei arbeitsreiche Wochen im Parlament zu Ende.

In eigener Sache freue ich mich sehr, dass ich am 22. März wieder nominiert wurde für unseren Kanton als Nationalratskandidatin in den Wahlkampf einzusteigen – das kann ich nur dank Ihnen und dem starken Support, den ich spüre. Vielen Dank dafür.

Ich freue mich, zusammen mit starken Kandidatinnen und Kandidaten auf unserer Liste 1 im Team für unsere FDP Vollgas und damit auch unserem sehr guten und kompetenten Ständeratskandidaten Sven Inäbnit den nötigen Schub zu geben.

Der Wahlkampf hat in diesem Sinne begonnen und ich danke Ihnen schon heute für Ihre Unterstützung und würde mich über einen finanziellen Zustupf freuen.

Herzlichen Dank für Ihr Interesse und Ihr Vertrauen.



Daniela Schneeberger

Nationalrätin FDP BL

Kontakt:

daniela.schneeberger@parl.ch

www.danielaschneeberger.ch

www.parlament.ch

IBAN BLKB CH57 0076 9012 4067 4200 1

